

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 43.

Freitag, 12. April.

1878.

### Staatssozialismus.

II.

Also die christliche Kirche und der heutige Hohenzollernstaat sind zur Lösung der sozialen Frage berufen — meint Herr Professor Wagner. Nun — viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt, heißt's schon in der Bibel. Gehören die zwei genannten Institute zu den „auserwählten“?

In seiner, von uns (in Nr. 14) abgedruckten, (in Gemeinschaft mit Professor von Scheel erlassenen) Zuschrift an die Redaktion des „Staatssozialist“ sagt Herr Professor Wagner — und bezeichnet damit, wenn auch in abgeschwächter Fassung, im Wesentlichen jedoch durchaus richtig, das Strebeziel des Sozialismus —

„Verallgemeinerung von Eigentum, d. h. ein immer größerer Theil des Volkes ist, sei es in Form des Privateigentums, sei es in Form des Staats-, Gemeinde- u. s. w. Eigentums, am Besitz des Bodens und des beweglichen Produktionskapitals zu betheiligen.“

Es ist das die von der Sozialdemokratie in ihrem Programm gestellte Grundforderung:

„Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft.“

Nur durch die Verwirklichung dieser Grundforderung kann die „Verallgemeinerung des Eigentums“ zur Wahrheit gemacht werden.

Die „Verallgemeinerung der Freiheit“ hätte Herr Wagner sich in seinem Brief an den „Staatssozialist“ ersparen können, da sie die notwendige Folge der „Verallgemeinerung des Eigentums“ ist, ebenso wie wir — aus dem nämlichen Grunde — ihm nicht verargen, daß er die „Verallgemeinerung der Bildung“ nicht erwähnt hat. Wenn sämtliche Menschen ökonomisch unabhängig sind, dann findet sich die „Freiheit“ nebst der „Bildung“ von selbst. Natürlich geht das Alles nicht im Handumdrehen — aber es geht, mit der Sicherheit eines Naturgesetzes.

Und damit geht auch, gleichfalls mit der Sicherheit eines Naturgesetzes, die ganze Basis der christlichen Kirche und des heutigen Hohenzollernstaates löten.

Wie Herr Professor Wagner auf die christliche Kirche seine Hoffnung hat setzen können, begreifen wir in der That nicht. Die bloße Thatsache, daß das Christenthum in den fast neunzehn Jahrhunderten seines Bestehens noch nicht fähig gewesen ist, Elend und Ungleichheit aus der Welt zu schaffen, ist schon ein genügender Beweis gegen die Fähigkeit des Christenthums zur Lösung der sozialen Frage. Der von modernen Theologen gemachte Einwand, das Christenthum und die christliche Kirche seien mit der Zeit fortgeschritten, hält absolut nicht Stich, denn das Christenthum mit der christlichen Kirche können sich einfach nicht fortentwickeln, weil sie im Neuen Testament und der Christuslegende den unbeweglichen Fels haben, an den sie mit eisernen Ketten geschmiedet sind. Durchfeilen sie diese Ketten, so sind sie nicht mehr „Christenthum“ und „christliche Kirche“, sondern moderne Verkäufungen, lügenhafte Scheinwesen, die vom Christenthum nichts an sich haben, als den heuchlerisch an die Stirn geklebten Namen.

Das weiß Herr Professor Wagner, oder sollte es wenigstens wissen.

Und was das wirkliche Christenthum und die wirkliche christliche Kirche nicht vermocht haben, das vermag wahrhaftig auch nicht das elegant frisirte, gebügelte und geschmiegelte Akerchristenthum pfäffischer Streber.

Doch das nur nebenbei.

Wie dem Allen sei, glaubt Herr Professor Wagner, daß eine christliche Kirche — wie immer dressirt und uniformirt — überhaupt möglich ist bei allgemeiner Bildung? Wir meinen, wenn die Wissenschaft Gemeingut des Volkes geworden ist? Er kann es nicht glauben, denn er muß wissen, daß ein Mensch, der mit den Waffen und Errungenschaften der Wissenschaft ausgerüstet ist, der, um nur ein Beispiel anzuführen, die Entwicklungslehre kennt, eo ipso außerhalb des Christenthums und der christlichen Kirche steht. Oder will Herr Professor Wagner, gleich seinem Kollegen, dem im Geschwindschritt rückwärts schreitenden Fortschrittler Birchow, halt, Umkehr gebieten? Dann freilich hörte die Diskussion auf, und wir hätten nichts mehr mit ihm zu reden.

Rein, so tief ist Herr Professor Wagner nicht gesunken.

Kurz, mit der Kirche ist's nichts.

Kommt der Staat.

Wohlan, der heutige Staat hat das Monopol des Eigentums, das Monopol des Wissens zur Existenzbedingung; heben wir dieselbe auf, machen wir Wissen und Eigentum zum Gemeingut, „verallgemeinern“ wir sie, um uns der Ausdrucksweise des Herrn Professor Wagner zu bedienen, so wird dem heutigen Staat der Boden unter den Füßen weggerissen — er bricht unrettbar zusammen.

Der heutige Staat ist ein Klassenstaat; das liegt in seiner Natur. Er beruht auf der Ungleichheit der Menschen, auf der Herrschaft einer Klasse über die andere. Es ist wahr, monarchische Schwärmer haben von einem Volkskönigthum geträumt, das über die Linne des Parteigetriebes und Klassenkampfes emporging, und gleichmäßig, wie eine gütige Vorsehung, für das Wohl sämtlicher Unterthanen — Verzeihung! Staatsbürger — Sorge; allein dieses Volkskönigthum ist eine Chimäre. Der kräftigste, energischste Vertreter dieser Idee ist in die Regierung gelangt, hat sich nahezu die Omnipotenz errungen und — er ist der Gründer des klassischsten Klassenstaats geworden, den die Gegenwart kennt. Gegen die Logik der Thatsachen ist nicht anzukämpfen.

Genug — das „Volkskönigthum“, die hohenzollernsche Monarchie, welche die soziale Frage löst, ist entweder ein phantastischer Traum, eine Laune des Augenblicks, oder es ist ein erstrebtes, zum Glück nicht mögliches Paraguay im Großen — das Ideal von dem Einen Hirten und der Einen Heerde, die mit Einer volksköniglichen Peitsche an die Arbeit, auf die Weide, in den Stall getrieben und mit Einer volksköniglichen Scheere geschoren wird.

Dafür bedanken wir uns, und dafür bedankt sich hoffentlich auch Herr Professor Wagner.

Herr Professor Wagner mag sich wenden und drehen, wie er will: seine sozialen und seine politischen Forderungen sind nicht in Einklang zu bringen — erstere stoßen die letzteren um, beide vertragen sich nun einmal nicht mit einander, heben einander auf.

Allerdings kann nur in der vernünftig organisirten Gemeinschaft, die wir Staat nennen, die soziale Frage gelöst, das uns und Herrn Professor Wagner gemeinsame Ziel der „Verallgemeinerung des Eigentums“ erreicht werden; aber dieser Staat ist erst noch zu erkämpfen und kann erst in's Leben treten, nachdem der heutige reaktionäre Staat an seiner Unverträglichkeit mit den ökonomischen und sozialen Bedürfnissen der Menschen zu Grunde gegangen ist.

Die Sozialdemokratie hat dies erfaßt, und indem sie die Beseitigung des Klassenstaats und die Errichtung des freien Volksstaats erstrebt, treibt sie im eminentesten Sinne des Wortes Staatssozialismus.

Darum rufen wir nicht schlechtweg: Nieder mit dem Staatssozialismus!, sondern: Nieder mit dem falschen, utopistisch-reaktionären, pfäffischen Staatssozialismus!

Es lebe der Staatssozialismus der Sozialdemokratie!

### Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

IV.

Werth und Preis.

H. L. Haben, fragen wir am Schluß des vorigen Artikels, Herr Professor Schäffle und die „Zukunft“ mit ihrem Einwand gegen die sozialistische Werththeorie, daß nicht bloß die Arbeit, sondern auch der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf“, d. h. Angebot und Nachfrage, ein „werth“-bildender Faktor sei, Recht?

Mit Nichten.

Die Sache ist einfach die (und der aufmerksame Leser wird das, was ich meine, aus einer parenthetischen Bemerkung des vorigen Artikels bereits erkannt haben):

Alle Veränderungen des Austauschverhältnisses einer Waare, soweit sie eben nicht durch eine Veränderung der zu ihrer Herstellung erforderlichen „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ (im richtigen Marx'schen Sinne dieses Wortes) verursacht sind, haben gar nichts mit ihrem Werth zu thun, sondern berühren ausschließlich den Preis.

So lange die für eine Waare aufzuwendende Arbeit, dieses einzige Agens des Tauschwerths, dieselbe bleibt, so lange bleibt auch ihr Werth immer derselbe, mag nun der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf“ groß oder klein, „dringend“ oder nicht dringend sein. Dieser kann immer nur den Preis berühren, ihn je nach Laune vergrößern oder verkleinern.

Zwar ist ja an und für sich der Preis nichts als der Ausdruck des Werthes in Geld (Gold, Silber etc.) Nun muß aber — so definiert uns das Herr Marx, sofern ich es richtig interpretire, in seiner „Kritik der Politischen Oekonomie“ S. 46 in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sich das Arbeitsprodukt des Einzelnen, der Rod, die Stiefel etc., immer erst in die Waare Gold oder Silber etc.) verwandeln, um „gesellschaftliche Geltung“ d. h. Kaufkraft zu haben — (indem z. B. dem Schuster, der zehn Paar Stiefel hergestellt und damit einen bestimmten Werth geschaffen hat, mit dieser Thatsache noch nicht gedient ist, sondern es kommt ihm, da er ja die Stiefel von vornherein nicht für sich hergestellt, nun noch darauf an, ob sie Arbeit für Andere sind, bei denen er das allgemeine Werthzeichen Geld dafür eintauschen, kurz ob er die Stiefel verkaufen kann.)

Dadurch nun, daß sich in Folge der plan- und zusammenhanglos betriebenen Produktion immer erst hinterher, wenn die Waaren auf dem Markt zusammenkommen, herausstellt, ob und in welchem Grade dieselben dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen, ob und in welchem Grade also die Gesellschaft geneigt ist, ihr von dem Produzenten erstrebtes und benötigtes Geld für die Waaren hinzugeben — aus diesem Grunde geht diese kritische und doch unausweichliche Metamorphose der Waare in Geld nicht immer glatt vor sich, sondern die Waare erzielt, je nach den Verhältnissen des Marktes, oft ein kleineres, oft aber auch ein größeres Quantum Geld, d. h. also einen niedrigeren oder höheren Preis, als ihr Werth repräsentirt.

Das ist es auch, was Herr Marx meint, wenn er S. 60 und 61 des „Kapital“ (1. Aufl.) sagt:

„Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit von gleicher Größe stelle sich in 1 Quarter Weizen und in 2 Pfund Sterling dar. Die 2 Pfund Sterling sind Geldausdrücke der Werthgröße des Quarter Weizens, oder sein Preis. Erlauben nun die Umstände, ihn zu 3 Pfd. St., oder zwingen sie, ihn zu 1 Pfd. St. zu notiren, so sind 1 Pfd. St. und 3 Pfd. St. als Ausdrücke der Werthgröße des Weizens zu klein oder zu groß; aber sie sind dennoch Preise desselben, denn erstens sind sie seine Werthform, Geld, und zweitens Exponente seines Austauschverhältnisses mit

Gold. Bei gleichbleibenden Produktionsbedingungen oder gleichbleibender Produktivkraft der Arbeit muß nach wie vor zur Reproduktion des Quarter Weizens gleich viel gesellschaftliche Arbeitszeit verausgabt werden. Dieser Umstand hängt weder vom Willen des Weizenproduzenten noch der anderen Waarenbesitzer ab. Die Werthgröße der Waare drückt also ein notwendiges, ihrem Bildungsprozeß immanentes Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeitszeit aus.

„Mit der Verwandlung der Werthgröße in Preis erscheint dies notwendige Verhältnis als Austauschverhältnis der Waare mit einer andern außer ihr existirenden Waare. Diese Form kann aber ebensowohl die Werthgröße der Waare, als das zufällige Verhältnis ausdrücken, worin sie unter gegebenen Umständen veräußert ist.“

Die Möglichkeit quantitativer Incongruenz zwischen Preis und Werthgröße, oder der Abweichung des Preises von der Werthgröße, ist also in der Preisform selbst gegeben.“

Oder wenn Herr Marx das auch von Herrn Schramm erwähnte Problem aufstellt:

„Der Marktpreis fällt unter oder steigt über den Tauschwerth mit dem wachsenden Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Wie kann auf Grundlage des Tauschwerths ein von ihm verschiedener Marktpreis entstehen?“

Auch Herr Schramm selbst sagt ja übrigens, entgegen der im „Vorwärts“ veröffentlichten Ansicht, in seiner Broschüre: „Grundzüge der National-Oekonomie“ S. 41:

„In den meisten Fällen decken sich jedoch Werth und Preis nicht. Verschiedene (?) Ursachen, z. B. Nachfrage und Angebot, bringen Preisschwankungen hervor, welche bewirken, daß der Preis das eine Mal größer, das andere Mal kleiner ist, als der Werth. Halten wir vorläufig fest, daß der Preis etwas Anderes als der Werth ist.“

Wie um des Himmels willen will nun Herr Schramm für diesen quantitativen Unterschied zwischen Preis und Werth noch Raum finden, wenn der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf“, d. h. eben „Nachfrage und Angebot“, nicht nur, wie er in seiner Broschüre sagt, „Preisschwankungen hervorbringt“, sondern auch, wie er in seinem Artikel in Nr. 62 des „Vorwärts“ meint, den Werth zum Mitschwanken zwingen soll? Dann kann es ja gar keine Unterschiede zwischen Preis und Werth mehr geben, beide sind dann immer gleich groß!

Die Differenz zwischen der sozialistischen Werththeorie und derjenigen der bürgerlichen Vulgäroekonomie besteht in der vorliegenden Frage also schließlich darin, daß letztere unterschiedslos jedes zufällige Austauschverhältnis einer Waare kurzweg den „Werth“ derselben nennt und dem entsprechend „Angebot und Nachfrage“ als souveränen Gebieter über die „Werthe“ verehrt.

Es ist dies, nebenbei gesagt, die rechte „Wissenschaft“ für eine Gesellschaft, deren oberste Gottheit der Schacher (eben „Angebot und Nachfrage“) ist, die die Produkte nur als Objekte ihres „Rebach“-machens, als „Waaren“, kennt, der dieselben daher immer genau so viel „Werth“ haben, als sich gerade dafür ergatteren läßt, und die demgemäß oft die werthlosesten Dinge, heute eine Tulpenzwiebel, morgen eine Altie mit haufen Goldes aufwiegt, andererseits oft die nützlichsten Gebrauchswerthe mit berechnender Riedertracht vernichtet, um für den Rest einen um so höheren Werth herauszupressen; die aber nichts davon weiß, oder vielmehr gar zu gern vergißt, daß ja die Objekte ihres Geschachers, die Waaren, nicht vom Himmel gefallen sind, sondern mit Müß und Fleiß von Menschen erzeugt wurden, die ihr Fleisch und Blut, eben ihre „Muskeln, Hirn, Nerven etc. Substanz“, hineinlegten und nun auf den Wiedererwerb derselben durch den zu lösenden „Tauschwerth“ der Waare warten, zu deutsch: Hunger haben; der vor allem befriedigt sein muß, wenn es nicht gar bald mit dem ganzen „Geschäft“ und den Geschäftemachern dazu ein gar kläglich Ende nehmen sollte; daß man also der Waare ihren Werth doch nicht so ohne Weiteres auf der Leipziger Messe vordiktiren kann, sondern daß sie ihren eigenen souveränen Willen, ihre bestimmte Mission hat, die sie schließlich auch immer wieder durchsetzt.

Die sozialistische Werththeorie, die Werththeorie der Arbeit hingegen weiß das Alles sehr wohl, sie weiß, daß das einzig Bleibende, der einzig reale „Werth“ der Waare nur das ist, was sie selbst hineingelegt hat. Das allein ist ihr der „Tauschwerth“, damit schickt sie die Waare in die Welt hinaus. Was der Schacher („Angebot und Nachfrage“) dann daraus macht, darauf sieht sie verächtlich herab, das nennt sie geringschätzend: den „Marktpreis“.

(Fortsetzung folgt.)

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Schmäbung von Staatseinrichtungen. Bisher wurden von den Nationalliberalen immer die bösen Sozialdemokraten angepöbelnd, daß sie die Staatseinrichtungen schmähten und beim Volke diskreditirten. Jetzt wenden sich die Herren nach einer ganz andern Seite mit ihren Anklagen. Der „Hannoversche Courier“, das Organ des Herrn v. Bennigsen, schreibt nämlich:

„Einen Wunsch aber haben wir von vornherein an das dritte Ministerium Bismarck, und gerade bei der Zusammenlegung desselben dürfte es ein doppelt gerechtfertigter sein: daß nun die Diskreditirung mancher Staatseinrichtungen vom Ministerium aus, welche in den letzten Jahren zu einer seltsamen Mode geworden, aufgehoben möchte. Seit Jahren sehen wir, wie das Haupt der Regierung gelegentlich sich in einer abfälligen Kritik bestehender Gesetze und Ordnungen ergeht, ohne daß die so proklamirten Mängel abgestellt, zum Theil sogar ohne daß die Möglichkeit und die Mittel ihrer Ab-



stellung angedeutet werden. Das ist eine politische Thätigkeit, welche sonst radikale Oppositionsparteien, aber nicht Regierungen zu üben pflegen.

Bismarck ist also ein „radikaler Oppositionsmann“ gegen die bestehenden Gesetze und Ordnungen! Wir werden uns das merken.

— Ein unumwundenes Lob. Die Staatssozialisten wollen die Agitation so gern den Sozialdemokraten nachahmen — ihnen fehlen aber hierzu zwei wesentliche Momente; die eigene Begeisterung und bei ihren sogenannten Anhängern aus dem arbeitenden Volke die Ueberzeugung. In einem Artikel: „Gegen die Zersplitterung“ klagt nun auch der Pastor Todt, daß schon allerlei Sonderbestrebungen in der neuen Partei Platz griffen und zeigt mit folgenden Worten auf die Sozialdemokratie hin:

„Die Sozialdemokratie hat diese Sucht nach „Selbstständigkeit“ glücklich überwunden; sie hat mit großer Selbsterleugnung die Einigung der selbstständigen, auseinanderstrebenden Geister vollbracht und vollzieht sie fortwährend noch. Sie tritt geschlossen, mit konzentrierter Kraft in den Kampf; sie gehorcht einer selbstgegebenen Disziplin mit bewundernswürdiger Genauigkeit; sie deckt offen ihre Schäden auf und wird dadurch ihr eigener bester Arzt. — Alle diese Momente machen ihre Stärke aus und erklären den Erfolg ihrer Propaganda.“

Die Sozialdemokraten können sich über solche Ausprüche nicht beklagen; sie wissen auch, daß dieselben wahr sind und werden sich bestreben, solches Lob durch unablässige erfolgreiche Agitation weiter zu verdienen. — Herr Todt aber möge bedenken, daß alle Angriffe der Christlich-Sozialen auf die durch solche Disziplin, durch solche Kraft befestigten Mauern der Sozialdemokratie vergeblich sein werden und selbst wenn er die Bosonnenengel von Jericho zu Hilfe ruft.

— Habeat sibi. Wie von offiziöser Seite jetzt mitgeteilt wird, hat Arnold Ruge den „Ehrensold“ von 3000 Mark jährlich auf sein Ansuchen hin erhalten, nachdem er sich betheiligend an den Reichstanzler gewandt. Dies zur Ergänzung und Nichtignoring unserer neulichen Notiz. Das de mortuis nil nisi bene, das diesem Mann gegenüber Gültigkeit hat, verbietet uns weitere Bemerkungen, die ja auch nur abschwächen, also ihm zu Gunsten sein könnten.

— Der Congress der Nichtwahlberechtigten Ungarns findet definitiv am 21. und 22. April statt. Die Tagesordnung, mit welcher sich der Congress beschäftigen wird, umfaßt nur die zwei folgenden Punkte: 1) Das allgemeine Wahlrecht; 2) Wege und Mittel zur Erreichung desselben. Der Congress hat also gleichsam die Aufgabe, Propaganda für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Ungarn zu machen. Dieser Umstand allein schon sichert dem Congress die Sympathie aller nicht wahlberechtigten Staatsbürger Ungarns und verbürgt eine zahlreiche Theilnahme.

— Die polnische Frage verursacht unseren Staatsmännern viel Kopfzerbrechen. Man sagt, Fürst Bismarck — der in seiner russischen Rückendbedeckungspolitik um jeden Preis nachgerade ein Haar gefunden hat — habe die österreichische Regierung bedenken lassen, sie werde im Fall eines aktiven Vorgehens gegen Rußland von deutscher Seite nicht gestört werden, nur müsse sie sich hüten, die polnische Frage in Angriff zu nehmen; wenn man in Wien die Wiederherstellung Polens aufs Tapet bringe, werde die deutsche Neutralität zu Ende sein. Nun — die polnische Frage wird aufs Tapet kommen, ob die österreichische Regierung sie in Angriff nimmt oder nicht. Die Weltgeschichte wird ihren eigenen Weg gehen, und mag Fürst Bismarck sich auf den Kopf stellen. Uebrigens scheint Herr Stieber die polnische Frage schon — in seiner Weise — in Angriff genommen zu haben. Einem der Redakteure der „Germania“ ist, wie dieses Blatt mittheilt, von einem als „Liebermann“ zeichnenden Pseudonym (Mensch, der einen falschen Namen giebt) ein Brief zugegangen, in welchem der lebhafteste Wunsch, Polen wiederherzustellen und den „milben Czar“, alias „versuchten Glaubensverfolger zu schäffen“ in dem bekannten Agent Provocateur-Stil und mit den obligaten orthographischen Schnitzern ausgedrückt wird. Herr „Liebermann“ nebst seinem „Freund Kulwinski aus Kowno“, der ihm helfen will, fanden jedoch bei dem Adressaten kein günstiges Gehör. „Das Manuscript des Briefs sammt Couvert, schreibt die indische „Germania“, liegen auf unserer Redaktion zur Abholung der Polizei bereit.“ Nun — die Polizei wird wohl nicht allzu eifrig sein; vorläufig ist das Spiel verdoeben, aber der Stoff, aus welchem die Westervelle gemacht sind, ist billig zu haben, und eine polnische Werdverschöderung ist für „Väterchen“ und Compagnie einige Millionen Rubel unter Brüdern werth.

### Ein russischer „Anti-Vassalleaner“.

(Von einem Russen.)

Man sollte fast glauben, die „Dresdener Social-Correspondenz“ habe auch in Rußland ihre Agenten, die der Knutenpresse den Professor Böhmert'schen „Geist“ verleihen und jene, in der Regel bloß Polen und Juden verfolgende, sonst so ziemlich friedliche Barenkreatur auch zu Sozialistenkessern heranzubilden. In dem Feuilleton zu Nr. 52 (vom 5. März 1878) der „St. Petersburgskaja Wjedomosti“ ist nämlich unter der Ueberschrift: „Der Sozialismus und sein Apostel Vassalle.“ — Wonach hat der Arbeiter zu streben. — Vassalle als Schriftsteller.“ — ungefähr Folgendes zu lesen.

Die Lehre vom Sozialismus, dessen Wiege bekanntlich Frankreich war, hat daselbst in den vierziger und fünfziger Jahren mächtig gewiekt und unter Anderem die politische Wendung des Jahres 1848 zum Vorschein gebracht. — Darauf überdeckte der Sozialismus nach Deutschland, „schloß dort mit nichts weiter, als der zur Zeit des Polnischen Aufstandes in Rußland, in den sechsziger Jahren stattgehabten Arbeiterbewegung“ und schlich sich allmählich in unser Vaterland hinein, wo er „allerdings nur für diejenigen gefährlich war, welche mit ihm in zu nahe Berührung kamen.“ — Während die Lehre vom Sozialismus — fährt der gemalte Feuilletonist fort — in Frankreich eine „colossale“ Literatur hervorbrachte, die schon lange, lange im Staube der Bibliotheken weilt, nahm dieselbe in Deutschland zu Proschüren, parlamentarischen Debatten und einigen sozialökonomischen Werken (alles Andere gerührt der gute Mann nicht zu kennen), die sich durch „eigenthümliche Ideen“, wie par exemple die des Carl Marx auszeichnen, — ihre Zuflucht.

Nach der höchst originellen Bemerkung, daß die „ab und zu erscheinenden Proschüren, die Aufzeichnungen derjenigen Abgeordneten, welche jener metaphysischen Philosophie zugethan

— Nach Berichten aus Rußland ist der Krieg der Förderung des Panflavisimus keineswegs günstig gewesen. „In Petersburg“, schreibt man z. B. der „Schlesischen Presse“, fand kürzlich eine Generalversammlung des Slavencomités statt, welcher die fast auffallende Thatsache mitgeteilt wurde, daß im vorigen Jahre die Zahl der Vereinsmitglieder von circa 2000 auf circa 500 heruntergegangen sei und daß viele Mitglieder mit ihren Beiträgen sich im Rückstand befinden.“

Natürlich — „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehn.“ Der „Panflavisimus“ war und ist, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, eine Erfindung und ein Instrument der russischen Regierung, welche damit seit Jahrzehnten die besonders fimpelhaften Nationalitätssimpel in ihr Reg. löst. Um dem jetzigen Krieg — denn er ist noch nicht zu Ende — ein nationales Mäntelchen umzuhängen, ließ man die „Panflavisten“ lächtig ins Horn stoßen. Das ist nun nicht mehr möglich. „Väterchen“ war genöthigt, Farbe zu bekennen und die Nationalitätsmaske gleich der Humanitätsmaske fallen zu lassen, und da paßt der Panflavisimus nicht mehr in den Regierungskram. Die „nationale Bewegung“ ist abcommandirt worden; die „Rächer“ haben sich natürlich dem Befehl gefügt, und die gedöberten Simpel sind eben — gemacht; nehmen sie die Sache zu ernst und tragisch, so bringt man sie in „Kammer Sacher“ zur Ruhe und Raision.

— Zur orientalischen Frage. Die russische Regierungspresse schlägt einen immer kleinlauteren Ton an, es falle Rußland nicht ein, den ganzen Friedensvertrag von St. Stefano Europa aufdrängen zu wollen, ebenso wenig falle es ihm ein, aus der Rückgabe von Bessarabien eine conditio sine qua non (unerlässliche Bedingung) zu machen — Rußland sei schände mißverstanden worden u. s. w. Kurz man steck in der Sackgasse und möchte mit guter Manier wieder heraus. Ob es gelingen wird? Der „ehrliche Waffler“ und Pulverlieferant für „Väterchen“ ist zwar eifrig damit beschäftigt, eine goldene Rückzugsbahn zu bauen, allein es fragt sich doch sehr, ob dieselbe praktikabel sein wird. Die englische Regierung hat — das erhebt aus den jüngsten, dem Parlament vorgelegten Depeschen — unsere Reichsregierung vollständig links liegen lassen und geht ihre eigenen Wege. Daß sie aber alle Chancen des Gewinns hat, würde sie — falls dies nöthig wäre — gerade aus der Angst der russischen Diplomatie gelernt haben.

Inzwischen bereitet man sich auf beiden Seiten für den äußersten Fall vor; die russischen Truppen in der Türkei werden zusammengezogen, die Festung Kustschuk für eine Belagerung zurecht gemacht und auch sonst Maßregeln getroffen, aus denen die Kriegsbefürchtung der Russen zu folgen ist. Und in England werden die Rüstungen mit wachsender Energie und Eile betrieben.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß ein Politikus des „Leipziger Tageblatts“ diesem aus Berlin brühheiß die Nachricht übersieht (Stolz, der erste zu sein!), daß Fürst Bismarck eine Allianz mit — Frankreich abgeschlossen habe, um den Frieden zu stiften. Den Ursprung dieser wunderlichen Ente, die von einer lustigen Sozialistengesellschaft gezüchtet und dem unglücklichen Politikus aufgehängt worden ist, erzählen wir vielleicht nächstens im Feuilleton. Wir wollen erst abwarten, wie viele unserer „intelligenten“ Zeitungen noch darauf reinfallen.

Ein würdiges Seitenstück zu dieser Ente ist die Entdeckung der nationalliberalen Wäscheherren, daß, wenn der Friede erhalten bleibe, dies Deutschland zu verdanken sei. Ei! Ei! Wir hatten gedacht, die Sache verhielte sich etwas anders: wenn Rußland den Schwanz einziehe, so geschehe es aus Furcht vor englischen Hieben, während es, umgekehrt, niemals den Frieden gefährdet hätte, wenn ihm nicht von der deutschen Reichsregierung Vorjuch geleistet worden wäre.

— In der Newyorker „Arbeiterstimme“ vom 24. März ist ein Erlaß des National-Exekutiv-Comités enthalten, in welchem zur größeren Unterstützung der „Arbeiterstimme“ aufgefordert wird, damit dasselbe in doppelter Stärke erscheinen könne. Ebenso werden die vorbereitenden Schritte angeknüpft, um das englische Parteiorgan unter der Leitung des Dr. John Mac Intosh ins Leben rufen zu können. — Man sieht, auch die amerikanischen Parteigenossen lassen sich keine Mühe verdrießen, um dem Sozialismus mehr und mehr Eingang in die Volkskreise zu verschaffen.

### Die Lage der Volksschule in Preußen.

Der preussische Geheim-Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium des Innern, Herr L. Herzfurth, bringt in den „Beiträgen zur Statistik der Gemeindeabgaben in Preußen“ beachtenswerthe Anschlüsse über die Kosten der Volksschule in

Preußen und die Art und Weise, wie dieselben aufgebracht werden. Freilich sind diese Angaben nicht vollkommen erschöpfend, weil sie die Stadtkreise und den Kreis Lauenburg, welche eine Bevölkerung von 3,980,044 „Seelen“ aufzuweisen haben, nicht mit berühren. In den übrigen Gemeinden, für welche die im Sommer 1875 eingeforderten Berichte erstattet wurden, sind die zur Deckung der Ausgaben nöthigen Summen auf folgende Weise aufgebracht: Das Lehrereinkommen ausschließlich der persönlichen und Alterszulagen wurde gedeckt durch das Schulgeld von 9,819,449 M., durch Einkünfte vom Schulvermögen und Stiftungen von 2,036,222 M., durch Beiträge von Gemeinden, Gutsbesitzern und Patronen 27,558,054 M., durch Staatszuschüsse im Betrage von 5,847,102 M. In Summa betrug das Lehrereinkommen 44,858,827 M. Zur Deckung sonstiger Schulzwecke ausschließlich der Bauten wurden von den Gemeinden u. ver. ausgabe 6,455,238 M., für Bauten im dreijährigen Durchschnitt 12,349,011 M. Wenn man auch die Alterszulagen für die Lehrer und die Summen, welche für die Beaufsichtigung der Volksschule bezahlt werden, auf Rechnung des Staates setzt, ist die Summe, welche der „Intelligenzstaat“ Preußen, der doch für militärische Zwecke so „beidenmächtig viel Geld“ hat, für die Volksschule aussetzt, sehr klein zu nennen. Ganz anders verhält es sich mit den Hochschulen, welche doch in der Regel nur von den Angehörigen der besitzenden Klasse besucht werden können; hier zahlt der Staat viel bedeutendere Summen als für das Achenbrödel, die Volksschule.

Zu den 72 Mill. M., welche für die Volksschule verausgabt werden, leistet der Staat einen Beitrag von bloß 13 Mill. M. Wie hoch sich die Summen für jedes unterrichtete Kind belaufen; ist aus Nachfolgendem ersichtlich: Ende 1871 besuchten in Preußen 3,900,655 Kinder, d. i. 15,85 Proc. der damaligen Bevölkerung, die öffentlichen Elementarschulen auf dem Lande. Man darf nun annehmen, daß unter den 21,762,360 Bewohnern der Landkreise, für welche die Kosten des Volksschulwesens auf 72 Mill. M. berechnet wurden, ungefähr 16 Proc. die Volksschule besuchten, daß daher die Summe für den Unterricht von 3,5 Mill. Kindern aufgewendet wurde. Die Erziehungskosten eines einzelnen, die Volksschule besuchenden Kindes belaufen sich jährlich auf 20 M. 57 Pf. Wie verschwindend klein diese Summe ist, erseht man erst recht, wenn man sie mit den Kosten, welche die Hochschulen verschlingen, vergleicht. Nach den Berechnungen von 1876 betrug die Summe für jede einzelne Person, welche zum Besuch der Vorlesungen berechtigt war, 706 M., von welchen allein 513 M. aus Staatsmitteln gedeckt wurden. Für die „Auserwählten“ spendet der Staat mit vollen Händen, für die Kinder des Volkes hingegen ist nur sehr wenig Geld vorhanden. Daß bei der so geringen Dotirung der Volksschule, bei den ungenügenden Befolgungen der Volksschullehrer die Volksschule nicht viel leisten kann, liegt auf der Hand.

In dem „Jahrbuch für die amtliche Statistik des preussischen Staates“, herausgegeben vom kgl. statistischen Bureau, 4. Jahrg., befinden sich bezüglich der Schulbildung der über zehn Jahre alten Angehörigen des preussischen Staates interessante Zahlen. Wir theilen hier die Zahlen mit, welche die Schulbildung im Staate und in den einzelnen Provinzen angeben, nebst dem Procentjah, in welchem die über zehn Jahre alten des Lesens und Schreibens Unkundigen und diejenigen Personen, deren Schreib- und Lesefähigkeit zweifelhaft ist, 1) zur Gesamtzahl der über zehn Jahre alten Personen stehen und 2) zu der Zahl derjenigen Personen, die schreiben und lesen können.

Provinzen	Personen		
	über zehn Jahre alt	können lesen u. schreiben	Schulbildung nicht angegeben
Ostpreußen . . . . .	1,364,867	978,225	26,762
Westpreußen . . . . .	958,133	590,564	17,757
Brandenburg . . . . .	2,215,465	2,063,722	28,576
Pommern . . . . .	1,624,123	941,260	17,385
Polen . . . . .	1,146,668	696,725	29,852
Schlesien . . . . .	2,797,050	2,368,074	30,570
Sachsen . . . . .	1,505,795	1,514,821	20,714
Schleswig-Holstein . . . . .	760,899	723,482	6,627
Hannover . . . . .	1,502,207	1,390,040	22,885
Westfalen . . . . .	1,326,096	1,238,706	19,618
Hessen-Rheinl. . . . .	1,059,362	1,002,538	16,361
Rheinland . . . . .	2,701,651	2,484,870	40,040
Signarungen . . . . .	51,263	49,825	415
Truppen im Rußlande . . . . .	38,887	37,795	10
Staat . . . . .	18,578,466	16,040,648	277,572

find“, — den deutschen Zeitschriften (à la „St. P. W.“) noch heute viel zu schaffen machen, jammert der große Knutenpatriot, über das schwere Uebel, daß die russische Intelligenz dieser „metaphysischen Philosophie“ ein mähtiges, wenn also auch kein leidenschaftliches Benschmen zu Theil werden läßt, und zwar „Dank der seiner Zeit rücksichtslos aufgenommenen Theorien des John Stuart Mill, wozu selbstverständlich die Commentarien deren Uebersetzer (Tschernyschewski) nicht wenig beigetragen haben.“ (Das stimmt!)

Nun geht er zu seinem Hauptthema über, nämlich zum Blossstellen des Apostels des „metaphysischen“ Sozialismus. Mit frischen Kräften und erheiteter Stimme fährt er also fort:

Die Lehren des französischen Sozialismus sind in unserer Zeit außer Wirkung gekommen, und an der Spitze dieser Lehre stand eine Zeit lang der Deutsche „Liberal“ (nicht ubel!) Vassalle, dessen Wesen bald nach seinem Tode colossale Dimensionen annahm. — Spielhagen idealisirt ihn in seinem Roman: „In Reich und Glied“ nicht weniger als die Kirche Apostel Paulus u. c. u. c. — — — Nach alledem, jubelt unser Anti-Vassalleaner, haben wir in der That geglaubt, es gäbe auch in unserer Zeit Menschen, die für das Wohl der Menschheit keinerlei Opfer scheuen, auf ihre Lebensweise, resp. Bequemlichkeit nicht achten u. s. w. — — —; wir stellen ihn — den Vortragenden jener leidenschaftlichen, enthusiastischen Reden vor den Arbeitern — und genau so vor, als wäre er einer Derer, welche in den ersten drei Jahrhunderten der Aera des Christenthums Millionen von Menschenherzen hingerissen, indem sie vor ihnen „die Liebe zum Nächsten predigten.“ — — — Aber (ach, welche bittere Enttäuschung!) kaum ging man an seine Biographie, als man die Sache in einem ganz anderen Lichte fand. Es stellte sich heraus, daß der Kämpfer gegen die Kapitalmacht — durchaus kein Aecet — nobel, luxuriös und comfortabel lebte und dies von den Zinsen seiner Erbschaft, „gegen welches Uebel er sein System der erworbenen Rechte“ schrieb.“ Wir brachten in Erfahrung,

daß er gar (o himmlischer Vater!) ein Jude war, der indeß nicht Anstand genommen, „eine reiche russische Gräfin“ heirathen zu wollen. — — — „Also — ruft er mit Enthusiasmus — steht unser Heros aus!“ — — — „Ein schönes Probbchen der Apostel des 19. Jahrhunderts!“ — — — „Wir glauben, daß hiernach (sic!) die Grundlagen des deutschen Sozialismus, sowie dessen Apostel in den Augen unseres Volkes tief gesunken sein müssen.“ („So bunt — höre ich hier die Berliner „Volkszeitung“ unter Kopfschütteln rufen — so bunt haben wir es nicht gemacht!“)

Hierauf citirt der große Anti-Vassalleaner die Worte eines „verehrten“ Professors Tischner in seinem Artikel: „Die deutschen Sozialisten (Sammler für Staatswissenschaften T V), welche die Hauptidee der Sozialisten klarlegen. In diesem Citate giebt er nämlich die Gedanken Vassalle's in seinem „Arbeiter-Programm“ pag. 33—40 in einigen Zeilen wieder, also äußerst mangelhaft und gedrängt. — Dieses Citat schließt mit folgenden buchstäblich überlieferten Worten: . . . Vassalle, sowie die Mehrheit der Sozialisten, halten, gleich Leo in Rom, an (v. Spielhagen) die Durchführung ihrer Theorien durch den Verband des Arbeiterstandes mit einer absolutistischen Monarchie für möglich. Eins von den Beiden, entweder (im Original Cursivschrift) entweder „reiner“ Absolutismus, oder allgemeines Wahlrecht.“ Unter diesen beiden läßt sich bei Verschiedenheit der Ansichten (— der Sozialdemokraten!) eine Alternative stellen, was aber dazwischen liegt (der constitutionelle Staat) ist jedenfalls unmöglich, unconsistent und unlogisch.“

Dieses Letztere scheint mir eine zweite, nicht ganz stereotype und incorrecte Auflage jener Stelle von Vassalle's „Arbeiter-Programm“ zu sein, wo er sagt: . . . Was also damals in Frankreich wirklich nicht halten konnte und gestürzt wurde, das war nicht die Republik, sondern die Bourgeois-Republik, und so bestätigt es sich denn bei der wahrhaften Betrachtung



Provinzen	Des Lesens u. Schreibens Unkundige u. deren Les- u. Schreibfähigkeit zweifelhaft			
	Personen	Zusammen	% der über 10 Jahre alten Personen	kommen auf 100 mit Schulbildung
Ostpreußen	359,890	386,642	28,32	39,52
Westpreußen	349,812	367,569	37,30	62,24
Brandenburg	123,167	151,743	6,84	7,35
Pommern	123,478	140,863	13,26	15,29
Posen	470,090	449,942	39,24	64,57
Schlesien	398,406	428,976	15,37	18,11
Sachsen	58,260	78,974	4,95	5,21
Schleswig-Holstein	30,790	37,417	4,90	5,17
Hannover	89,282	112,167	7,46	8,06
Westfalen	67,772	87,390	6,59	7,05
Westfalen-Rheinland	40,463	56,824	5,86	5,60
Rheinland	196,741	236,781	8,76	9,66
Sigmaringen	1,023	1,438	2,80	2,88
Truppen im Auslande	1,082	1,092	2,80	2,88
Staat	2,260,226	2,547,818	13,65	15,82

Wir wollen hier bemerken, daß auch auf der im Jahrbuch enthaltenen Tabelle die des Lesens und Schreibens Unkundigen und Duzendigen, deren Fähigkeit zweifelhaft ist, zusammengezogen worden sind. Nach den obigen Tabellen befanden sich daher am 1. Dezember 1871 im preussischen Staate unter 18,578,466 Personen im Alter über zehn Jahren nicht weniger als 2,260,226 Personen, die gar nicht lesen und schreiben konnten, und 277,572 deren Les- und Schreibfähigkeit mindestens zweifelhaft war, im Ganzen mithin 2,537,818 Personen ohne Schulbildung, d. h. auf hundert Personen, die schreiben und lesen konnten, kamen im Durchschnitt 15,82 Personen, die nicht lesen und schreiben konnten.

Nach dem Verhältnis der Schulbildung der über zehn Jahre alten Gesamtbevölkerung lassen sich die Provinzen folgendermaßen einteilen.

Provinzen	Des Lesens u. Schreibens Unkundige	
	% der über 10 Jahre alten Personen	kommen auf 100 mit Schulbildung
1) Posen	39,24	64,57
2) Westpreußen	37,30	62,24
3) Ostpreußen	28,32	39,52
4) Schlesien	15,37	18,11
5) Pommern	13,26	15,29
6) Rheinland	8,76	9,66
7) Hannover	7,46	8,06
8) Brandenburg	6,84	7,35
9) Westfalen	6,59	7,05
10) Westfalen-Rheinland	5,86	5,60
11) Sachsen	4,95	5,21
12) Schleswig-Holstein	4,90	5,17
13) Sigmaringen	2,80	2,88
im Staate	13,65	15,82

In Posen kommen also auf hundert Leute mit Schulbildung fast 65 ohne Schulbildung, in Westpreußen über 62, in Ostpreußen gegen 40. Trotz derartiger Zustände ist Preußen denn doch ein „Kulturstaat“, in welchem die höchste „Intelligenz“ zu Hause ist und dessen Schullehrer die Schlachten schlagen. — Wenigstens wetteifern Regierung und Nationalliberalismus miteinander, dies dem beschränkten Unterthanenverstande plausibel zu machen.

## Correspondenzen.

London, den 28. März. In einfacher erhebender Weise wurde der 18. März auch hier in London gefeiert und zwar durch ein Banquet, arrangiert von den hiesigen Communisten. Randier führte den Vorsitz und leitete die sehr interessanten Gedächtnisreden ein. An denselben beteiligten sich Vissagary, Jourde, Grouffet, Regnard, Theisy u. Es konnte mit Genugthuung konstatiert werden, daß die Verleumdungen der Commune allmählich auf ihre Urheber zurückzufallen beginnen. Hauptächlich wurde betont, daß die Arbeiter nie und nimmermehr sich als Anhängel der bürgerlich-republikanischen Partei betrachten dürfen, denn die Geschichte der französischen proletarischen Bewegung kennzeichnet dies als einen Verrath an sich selbst. — Am 20. März fand die Märzfeier des Comm. Arb.

gerade auch an diesem Beispiel, daß die Geschichtsperiode, in die wir mit dem Februar 1848 eingetreten sind, keinen Staat mehr trägt, welcher, gleichviel ob in monarchischer oder republikanischer Form, das herrschende politische Gepräge des dritten Standes der Gesellschaft ausdrückt, oder in ihr erhalten will.“ (Arbeiter-Programm pag. 40.)

An jenes Citat knüpft Professor Tschitscherin (hier haben wir es weiter nicht mit dem Anti-Lassalleaner vom Hörensagen, sondern mit dem gelehrten Sozialwissenschaftler zu thun) folgende erbauende Bemerkung. Er sagt: „In dieser Weise wird die Geschichte Englands mit einem Federzug für unmöglich erklärt. An diesem Beispiel kann man sehen, bis zu welchem Grade von „Verstandesarmuth“ selbst geniale Köpfe herabkommen, sobald sie sich für einseitige, von der Wissenschaft entfernte Ziele hinreißen lassen. Man kann wohl Demokrat sein, der republikanischen Regierung vor der constitutionellen Monarchie den Vorzug geben, aber wer letztere für eine Unmöglichkeit erklärt, der hat entschieden keine Ahnung, sowohl von der Geschichte, als auch von der Politik.“

Nachdem Professor Tschitscherin die Lassalle'sche Aufstellung vom Klassen-Einkommen (Antwortschreiben pag. 24) und dessen Vorschlag auf dem Wege des allgemeinen, direkten Wahlrechts an Stelle des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag einzuführen, vorträgt — bemerkt er: „Nach alledem ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die von Lassalle verankerten (!) Unfittlichkeit und Egoismus der höheren Klassen, sowie andererseits — die Sittlichkeit der niederen Stände — eine leere Deklamation (Alles seine Worte!), die keines gelehrten, mehr oder minder Selbstachtung hegenden Mannes würdig ist. — Die Tendenz, worauf er die Arbeiter verweist, besteht (hören Sie nur, hören Sie!) einzig und allein — in der Annexion materieller Güter, welche jetzt Anderen gehören, und dieses Ziel, behauptete er (Lassalle), sei dermaßen zu erreichen, indem die Arbeiter die Staatsmacht — vermittelt des allgemeinen Wahlrechts — er-

greifen.“ — Das ist 'mal ein professoraler Kopf! Aber das Lustige kommt noch.

Der Herr Professor geruht nun ziemlich correct das Lassalle'sche „eherne ökonomische Gesetz“ mit der ganzen Consequenz desselben vorzuführen und sagt — wie der Feuilletonist seinerseits bemerkt — folgende „bekannte Wahrheiten“ hinzu: „— Hiegegen, sollte man glauben, sei ja nur das einzige Mittel: durch die Erhöhung des sittlichen Niveaus der Arbeiterklasse, deren sinnlosem Heirathen und grenzenloser Vermehrung (genau seine Worte!) der Bettler entgegenzuwirken. — Sonst müssen alle Versuche behufs Verbesserung des Standes vergebens bleiben.“

So der Professor. Nun kommt der Feuilletonist. „Aber Lassalle begnügt sich nicht mit der langsamen Erhebung des Niveaus des Arbeiterstandes; er verlangt einen vollkommenen ökonomischen Umsturz, in Folge dessen die Arbeiter alle jene Güter aneignet hätten, welche heute den Höheren gehören.“ — Dieses schließt man (weld's göttliche Philisterei!) aus jenem Satze von Lassalle's „Antwortschreiben“ (pag. 17), wo er sagt, daß „die menschliche Lage sich nicht durch ihr Verhältnis zu . . . der des Arbeiters vor 80 oder 200 Jahren bemisst, sondern nur durch das Verhältnis zu den Mitmenschen.“

Lassalle wird also von seinem „Biedestal gestürzt“, denn daran ist, wie der Feuilletonist meint, Tschitscherin in seinem Artikel: „Die deutschen Sozialisten“ mehr gelegen, als an der „Widerlegung der sozialistischen Theorien“; Tschitscherin „beweist“ ferner, daß Lassalle selbst in seinen theoretischen Werken ein „gewissenloser Sophist“ gewesen sei u. c. c.

Den armen unterjochten Massen könnte indeß dadurch ein wenig geholfen — sein. Vielleicht greifen die wenigen, durch die Anti-Lassalleaner zum Theil nicht verkrüppelten Lassalle'schen Ideen mehr Platz bei denselben als die dummen Commentarien des Prof. Tsch. und die schlaunen Consequenzen des Philistens von Feuilletonisten.

—ch—

Bild.-Bereins statt. Dieselbe erkannte sich eines sehr zahlreichen Besuches und fanden die Reden in den verschiedenen Landessprachen der Genossen Mai, Weber, Kaufmann, Kij, Bouquet, Ehrhart und Hoffmann, die den 18. März der Commune sowie auch den von Berlin feierten, ungetheilten Beifall. — Am 28. März fand im Ötende Londons eine zahlreiche besuchte Volksversammlung unter dem Vorsitz von Weber statt und referirten die Genossen Bader, Ehrhart und Mai. Die Folge war die Gründung einer zweiten Sektion des Comm. Arb.-Bild.-B. für das Ötende, welche aller Wahrscheinlichkeit nach stark zu werden verspricht. Es ist dadurch einem schon längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen und ersuche ich die Genossen und Abonnenten des „Vorwärts“ der City u. Eastende nach ihren besten Kräften das junge Unternehmen zu unterstützen. Fahren wir so weiter fort, so haben wir allen Grund, mit unsern Fortschritten zufrieden zu sein. F. J. Ehrhart.

Königsberg i. Pr., 9. April. Laut Ukas des Gewerkevereins-Diktors, Rag Hirsch, sollten aus dem hier bestehenden Ortsverein der Metallarbeiter drei Mitglieder, weil sie Sozialdemokraten sind, ausgeschlossen werden. Zu diesem Zwecke wurde für den 30. März eine Versammlung einberufen. Rag hatte mit seinem Ukas schrecklich Pech, denn nur eine winzige Minorität der gut besuchten Versammlung stimmte für die Ausschließung, obgleich der Vorsitzende zu wiederholten Malen betonte, daß, falls die Ausschließung, die der Herr Doktor wünschte, nicht zu Stande komme, der Verein aufgelöst werden würde. Die Versammlung ließ sich jedoch nicht dupiren und die Ausschließung fand nicht nur nicht statt, es wurde im Gegentheil folgender Antrag eingebracht: „Da der Vorsitzende, sowie der eine Kontrolleur durch ihr Vorgehen den Verein schädigen, dürfen dieselben innerhalb dreier Monate weder Versammlungen noch Sitzungen des Vereins besuchen.“ Diesen Antrag brachte der Vorsitzende nicht zur Berlesung; er schloß die Versammlung und trollte sich mit dem einen Kontrolleur von dannen. Der sofort konstituirte neue Vorstand sandte sogleich eine Interpellation an Rag Hirsch, in welcher das Vorgehen gegen den hiesigen Verein auf das energischste getadelt wurde. Rächchen kann sagen: „Fallen seh' ich Zwerg auf Zwerg!“ Der Kohr hat seine Schuldigkeit gethan und kann gehen; die Erbschaft wird die Sozialdemokratie antreten.

Schweidnitz, 1. April. Bekanntlich waren die „Vertreter der Industrie“ in Berlin vor kurzer Zeit zu einer Versammlung zusammengetreten, um über Mittel und Wege zu berathen, wie der deutschen Industrie wieder neues Leben eingefloßt werden könne. Auch unser Ort war durch einen „Industrie-Vertreter“ vertreten, und wir sollten auch bald erfahren, daß er seiner Aufgabe völlig gewachsen war, denn kaum war der Herr Jurid., so bekamen wir zu hören, daß in Berlin ein Stück Weinwand weit billiger hergestellt würde als hier, und daß wir infolge dessen uns eine Lohnherabsetzung gefallen lassen müßten. — Wenn die Herren Industriellen auf ihren Zusammenkünften nichts weiter zur Hebung der Industrie herauszuklügen wissen als Lohnreduktionen, so sollten sie es doch wenigstens unterlassen, sich stolz die „Vertreter der Industrie“ zu nennen, denn die Löhne kürzen, die Arbeiter schinden und ihnen überhaupt auf jede Weise das Leben sauer machen, heißt doch wahrlich nicht die Industrie heben. Das Alles könnte man diesen Menschen aber noch nachsehen, denn wir leben ja in einer profitfüchtigen Zeit; wenn sich dieselben aber noch erdreisten, dem Arbeiter vorzuschreiben, welcher politischen Partei er huldigen solle, und wenn sie den prinzipientreuen Arbeiter erbarmungslos aus der Arbeit entlassen, wie das hier jetzt an der Tagesordnung ist, so haben wir es nicht mehr mit „Industriellen“, sondern mit Politikern der schmutzigsten Sorte zu thun, gegen deren Uebergriffe nur eine feste Vereinigung der Arbeiter Schutz gewährt. Also, Arbeiter vereinigt Euch!

Sommerfeld N.-L., 1. April. Das Jadenaprilshiden ist doch noch nicht ganz aus der Mode gekommen, denn Käster und Grüneberg hatten sich vorgenommen dieses bei den Sommerfelder Arbeitern zu befragen. Am 1. April, Abends, sollte auch hierorts die christlich-soziale Partei ins Leben gerufen werden und waren die Genossen Körner aus Berlin und Blaudow und Siegrist aus Frankfurt erschienen, um bei dem Tanze mitzuwirken. Obgleich Genosse Siegrist zum Vorsitzenden vorgeschlagen wurde, so wurden durch die bekannten Mandber der beiden Gründer zwei von christlicher Nächstenliebe triebende Bourgeois ins Bureau gewählt. Es wurden zwei an „Wissenschaftlichkeit“ alles übertreffende Referate verlesen, an deren Schluß der Vorsitzende, ohne im Geringsten hierzu autorisirt zu sein, den beiden Referenten den Dank der Versammlung votirte. Nach vielen Mühen gelangte Genosse Siegrist zum Wort und kennzeichnete derselbe das, was Käster und Grüneberg gegen die Sozialdemokratie vorgebracht hatten, als das, was es in Wirklichkeit war, als hohles Geschwätz. Aber zu Ende kam Siegrist nicht, denn kaum, daß er eine halbe Stunde gesprochen hatte, entzog ihm der Vorsitzende das Wort. Nun, Genosse Siegrist wird nach etlichen Wochen wieder in Sommerfeld erscheinen.

—ch—

greifen.“ — Das ist 'mal ein professoraler Kopf! Aber das Lustige kommt noch.

Der Herr Professor geruht nun ziemlich correct das Lassalle'sche „eherne ökonomische Gesetz“ mit der ganzen Consequenz desselben vorzuführen und sagt — wie der Feuilletonist seinerseits bemerkt — folgende „bekannte Wahrheiten“ hinzu: „— Hiegegen, sollte man glauben, sei ja nur das einzige Mittel: durch die Erhöhung des sittlichen Niveaus der Arbeiterklasse, deren sinnlosem Heirathen und grenzenloser Vermehrung (genau seine Worte!) der Bettler entgegenzuwirken. — Sonst müssen alle Versuche behufs Verbesserung des Standes vergebens bleiben.“

So der Professor. Nun kommt der Feuilletonist. „Aber Lassalle begnügt sich nicht mit der langsamen Erhebung des Niveaus des Arbeiterstandes; er verlangt einen vollkommenen ökonomischen Umsturz, in Folge dessen die Arbeiter alle jene Güter aneignet hätten, welche heute den Höheren gehören.“ — Dieses schließt man (weld's göttliche Philisterei!) aus jenem Satze von Lassalle's „Antwortschreiben“ (pag. 17), wo er sagt, daß „die menschliche Lage sich nicht durch ihr Verhältnis zu . . . der des Arbeiters vor 80 oder 200 Jahren bemisst, sondern nur durch das Verhältnis zu den Mitmenschen.“

Lassalle wird also von seinem „Biedestal gestürzt“, denn daran ist, wie der Feuilletonist meint, Tschitscherin in seinem Artikel: „Die deutschen Sozialisten“ mehr gelegen, als an der „Widerlegung der sozialistischen Theorien“; Tschitscherin „beweist“ ferner, daß Lassalle selbst in seinen theoretischen Werken ein „gewissenloser Sophist“ gewesen sei u. c. c.

Den armen unterjochten Massen könnte indeß dadurch ein wenig geholfen — sein. Vielleicht greifen die wenigen, durch die Anti-Lassalleaner zum Theil nicht verkrüppelten Lassalle'schen Ideen mehr Platz bei denselben als die dummen Commentarien des Prof. Tsch. und die schlaunen Consequenzen des Philistens von Feuilletonisten.

—ch—

dann werden wir ja sehen, ob die christlich-sozialen Apostel der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzt haben; dann aber, so hoffen wir, werden auch die Sagner am Plage sein, um uns Rede und Antwort zu stehen. Auf die Schimpfereien, die sonst noch von halbverrückten Individuen gegen unsere Partei und einzelne Parteimitglieder geschleudert wurden, lasse ich mich nicht ein. — Die Sommerfelder Arbeiter nur möchte ich noch aufordern, kräftig zusammenzutreten und den Modernen den Beweis zu liefern, daß sie der Vormundhaft nicht bedürfen und daß sie den Sozialismus begriffen haben. Erwähnen will ich noch, daß außer Siegrist kein weiterer Genosse zum Worte kam, die Redefreiheit ist den „Brütern in Christo“ nun einmal ein verhasstes Ding.

Triebel N. L. Am 2. April hatte unser Städtchen das Vergnügen, eine kleine Schauspielergesellschaft in seiner Mitte zu sehen. Auf Veranlassung des Herrn Oberpredigers von Tilly waren die ehemaligen rabiaten Sozialdemokraten, jetzt ebenso rabiaten „Brüder in Christo“, Grüneberg und Käster, erschienen, um im hiesigen Schießhause ihre Vorstellung zu geben. Aus der Umgegend waren zu diesem Feste die Bourgeois mit ihrem Anhängel erschienen, auch die Arbeiter aus Triebel und Umgegend waren zur Stelle. Huerst trat Grüneberg auf die Breiter und bejammerte, mit obligatem Augenverdrehen, in wohl einständiger Jeremiade den Niedergang des Christenthums und der Kirche, wobei er natürlich nicht unterlassen konnte, unter drohenden Ausfällen auf die gottlose Sozialdemokratie zu schimpfen, dieselbe zu demünzen und auf die allergemeinste Art und Weise den Reichstagsabgeordneten Most zu beleidigen, auch der sozialistischen Partei ein schmäliches Ende zu prophezeien. Als zweiter Schauspieler trat nun der gewaltige Käster auf, um dem geäderten Löwen „Sozialdemokratie“ noch einen Heldenstreich zu versetzen. Die Freude der Bourgeois ob dieser Heldenthat war groß. Man hatte aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn als harmloser Zuschauer war der Parteigenosse Ab. Paul aus Berlin erschienen, um sich die Komödie in der Nähe zu ansehen; derselbe recensirte dann auch unter dem allgemeinen Beifall der Arbeiter und den Mißfallsbezeugungen der Bourgeois die jämmerlich schlechte Kunstleistung der beiden Schauspieler derartig, daß denselben Hören und Sehen verging. Nach einigem Hin- und Herreden, an welchem sich auch die Prediger v. Tilly und Abraham beteiligten und Freund Paul noch einmal die bodenlose Frechheit der beiden Schauspieler aufdeckte, wurde die Vorstellung geschlossen. — Die beiden Komödianten haben trotz aller Anstrengung Dank dem guten Geiste, welcher die Triebeler Arbeiter besetzt, schlechte Geschäfte gemacht, richtiger gar keine.

Dresden. Aus Dresden, der „Rebelsstadt“, einmal etwas zu erfahren, dürfte vielen Lesern des „Vorwärts“ lieb sein, wenn gleich die „Dresdener Volkszeitung“ erfreulicherweise von Tag zu Tag mehr Abonnenten gewinnt, überall kann sie doch nicht gelesen werden. Deshalb ist es nothwendig, daß dem Centralorgan von Zeit zu Zeit Berichte zugehen, Schilderungen des hiesigen Parteilebens, sowie allgemein Interessantes aus den drei ziemlich nahe zusammenliegenden Reichstagswahlkreisen: Dresden-Altfeld, Dresden-Neustadt mit dazu gehörigen Ortschaften, und Dresden-Land enthaltend. Schon die zahlreichen Parteigenossen, die in den drei Kreisen existiren, und die regelmäßig Partei- sowie Volks- und Gewerkschaftsversammlungen abhalten, lassen auf den ersten Blick erkennen, daß das Parteileben ein ziemlich reges ist. Lebt man erst selbst unter dem Proletariat, der Arbeiter-, Kleinbürger- und Beamtenwelt, dann ist es eine Lust, wahrzunehmen, welche Anhänger der Sozialismus hier hat. Allerdings könnte die Mitgliederzahl der Arbeiterpartei im Verhältnis zur Größe der Stadt und zur Verbreitung unserer Ideen eine bedeutendere sein, oder mit andern Worten, der ausgeprochenen Sozialdemokraten müßten mehr sein, aber der Grund zu dieser auffälligen Erscheinung scheint nur darin zu liegen, daß in keiner Stadt so zahlreiche Vereine bestehen, wie hier, und daß fast jedes Glied der männlichen Bevölkerung schon einem oder mehreren derselben angehört. Die Erwerbsverhältnisse sind wie überall keine glänzenden, und selbst wohl mancher Befinnungsgenosse die neue Ausgabe, oder möchte nicht gern aus dem alten lieben Vereine treten, um zu uns zu kommen. Ueberhaupt sind diese Vereine, zu welchem Zweck dieselben auch sonst bestehen, mag die Tendenz auch ganz verschieden von der unseren sein, ganz schätzbare Mittel zur Verbreitung der Sozialdemokratie. Die Wahrheit bohrt sich eben durch. Sind einige Mitglieder unserer Partei in einem solchen Vereine, dann finden sich bald mehrere. Die hiesigen gegnerischen Blätter treten in solch plumper Weise uns entgegen, zeigen ihre Geistesarmuth so unverhüllt, daß sie manchem ihrer Leser die Augen öffnen. Die Art und Weise, wie sie die Sozialdemokratie beurtheilen, wäre wohl in dem finstern hinterpommerischen Dorfe am Plage, aber in Dresden ist sie nur geeignet, das ganze bischen Ansehen, welches diese Blätter bis jetzt genossen, zu beseitigen. Eine Ausnahme bildet das „Dresdener Journal“, Regierungsblatt, welches sich anständig verhält, die Reichstagsberichte, wenn auch verkürzt, aber nicht entstellend bringt und überhaupt objectiv urtheilt. Die Behörden verhalten sich uns gegenüber so, daß jede unnötige Reibung vermieden wird, sie scheinen zu begreifen, daß durch Schikanen nur die Sozialdemokratie gewinnt. Wir durften ungehindert den 18. März feiern, allerdings im Beisein eines höheren Polizeibeamten nebst Stenographen, aber doch sonst ohne Störung. Genosse Kayser entlegte sich seiner Aufgabe in bester Weise; das ungemein zahlreiche versammelte Publikum nahm begeistert seine Worte auf und ein zuversichtlicher Geist beherrschte das Fest. Ich breche für heute ab, um ein andermal über manches, was ich noch auf dem Herzen habe, zu berichten.

Magdeburg, 8. April. In Nr. 40 des „Vorwärts“ habe ich über das Fiasco berichtet, welches Herr Bujarsky am 24. v. M. in einer Versammlung am hiesigen Orte erlitten hat; ich hätte auch nicht zu erwähnen vergessen, daß Herr Bujarsky überhaupt die Persönlichkeit nicht sei, die auch nur einige Beachtung verdiente. Da ich aber weiß, daß Herr Bujarsky eitel und verächtlich ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß er „froh wie Oskar“ ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß er mein über ihn gefälltes Urtheil auf die politische Begnerchaft zurückzuführen und als parteiisch und ungerecht betrachten kann. Es freut mich daher, heut einen Zeugen ins Gesicht führen zu können, der, obgleich entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, vollständig das und noch mehr als das bekräftigt, was ich über Herrn Bujarsky gesagt habe. Dieser Zeuge ist die „Magdeburger Wochenchau“, ein Blatt, das ebenso emsig wie Herr Hirsch und Konjont nach dem Talisman sucht, der die kapitalistische Welt vor den „Heimjungen“ des Sozialismus bewahren soll. Dieses Blatt also läßt sich in seiner Nr. 27 (8. April) über das hiesige Auftreten Bujarsky's folgendermaßen aus: „So liegt es auf der Hand, daß man der Bewegung mächtig Vorwurf leistet, wenn so gänzlich aller nothwendigen Vorbedingungen baare Persönlichkeiten wie Herr Bujarsky, der hier am 24. v. M. eine Versammlung abhielt, von Berlin aus auf Agitationsreisen geschickt werden. Im kleinen Kreise, unter seinen unmittelbaren Kollegen, mag auch Herr Bujarsky zu verwenden sein — als Agitator im großen Stile schadet er der Sache, die er vertritt,



indem er ihr, gewiß ohne böse Absicht, den Anstrich des Komischen verleiht. Wenn die Gegenagitation gegen die sozialistische Bewegung nicht mit etwas mehr Geschick und Nachdruck inszeniert wird, gleicht sie zu schwachen und schlechten, einer Hochfluth entgegengesetzten Dämmen: sie flauen besten Falls für einen Augenblick die Gewässer, nur damit diese mit um so größerer Gewalt über so geringfügige Hindernisse hinwegfluthen. Herr Bujarsky wird nun hoffentlich einsehen, daß ich ihm kein Unrecht gethan, sondern mit meiner Personalbeschreibung gleichsam den Nagel auf den Kopf getroffen habe. Berichten Sie also in Zukunft nützliche Bureauarbeit, Herr Bujarsky, und geben Sie den Gedanken auf, die Sozialdemokratie bekämpfen zu können, denn schon ganz andre Leute wie Sie haben nicht nur eingesehen, daß gegen die Logik, welche im Sozialismus liegt, gar nicht anzukämpfen ist, sie sind aus Feinden sogar dessen Freunde geworden.

**Naumburg a. S., 6. April.** Bekanntlich haben die Christlich-Sozialen den Beschluß gefaßt, mit allen Kräften die Sozialdemokratie zu vernichten und unter der Devise „Bete und arbeite“ das Volk „glücklich“ zu machen. Da nun dieses Mittel trotz gegentheiliger Versicherung bei den aufgeklärten Berliner Arbeitern nicht recht anschlägt, haben es jene Herren anscheinend auf die Provinz abgesehen und diesem Umstande müssen wir es wohl zuschreiben, daß am 28. März der „Hauptagitator“ Süder hier anwesend war. Aber nicht öffentlich vor versammeltem Volke gab dieser Herr seine Weisheit zum Besten, — nein, durch den „Gustav-Adolfs-Verein“ wurde eine Versammlung anberaumt, in welcher Süder über die „christlich-soziale Bewegung in Berlin“ sprach. Damit nun aber von Seiten der Arbeiter ja nicht opponirt werden konnte, hatte man die Versammlung bereits um 5 Uhr Abends ausgeschrieben und obendrein noch den Eintrittspreis auf 1 Mark festgesetzt. Unter diesen Verhältnissen mußten wir auf den Besuch verzichten und beschränken wir uns darauf, einen kleinen Auszug aus dem im hiesigen „Kreisblatte“ erschienenen Referate zum Besten zu geben. Danach führte St. unter Anderem an, daß das Christenthum von seinem Anfange an sich mit der sozialen Frage beschäftigt habe (Beweise?) und sie zu lösen bestrebt sei. In unseren Tagen verlor sich die soziale Bewegung in der stetig wachsenden Partei der Sozialdemokraten, die durch die Theilnahmlosigkeit der Besitzenden (Döhl siehe Maßregelungen, Strafen, Verbote u. s. w.) noch gefördert werde. Ja, die Weisten wäkten gar nicht, was die Sozialdemokraten wollen (Sehr richtig!) und trösteten sich damit, das „Theilen“ sei ja doch nicht durchführbar. Die Sozialdemokratie wolle aber gar nicht theilen (Sehr richtig!), sondern das gesammte Nationalvermögen in das Eigentum des Staates (Besser war's wohl an die Kirche? Nicht wahr Herr St.?) übergehen lassen, der ja schon jetzt Bergwerke, Domänen, Forsten, Gewehr- u. a. Fabriken, Eisenbahnen, Post und Telegraphen in seinem Besitze habe. Außerdem aber hege die Sozialdemokratie einen glühenden Haß gegen die bestehende Ordnung (Soll wohl heißen Unordnung?), gegen die Monarchie und die Kirche. Dies sucht Redner dadurch zu beweisen, daß er aus sozialistischen Liederbüchern und Zeitungen Stellen verliest. Nun sei es ja richtig, daß ein Nothstand vorhanden, denn das Goldfieber der letzten Jahre habe so schlimme wirtschaftliche Verhältnisse erzeugt, daß in Berlin (Warum nicht auch wo anders?) nicht nur Hunderte, sondern Tausende nicht wissen, wovon sie leben sollen. Das verführe das Volk, sich der Sozialdemokratie in die Arme zu werfen, deren letzte Ziele die Krüsten selbst nicht kennen. Die Schuld an dieser Verführung tragen vornehmlich jene Professoren, die die unerwiesenen Dogmen von den Affenmenschen in die „Gartenlaube“ und andere Blätter gebracht hätten. Der Jammer mit diesen armen verführten Menschen (Wer lacht da?) habe zur Gründung der christlich-sozialen Partei geführt. Er schildert nun die bekannten Vorgänge in den bekannten Berliner Versammlungen und sucht natürlich seine bisherigen „Erungenschaften“ in das hellste Licht zu stellen. Das Programm seiner Partei sei in der Weise zu Stande gekommen, daß man von den Forderungen der Arbeiter alles gestrichen habe, was wider das Evangelium und die bestehende Staatsordnung sei; alles andere habe man stehen lassen und vor allen Dingen den Geist des Christenthums, die Liebe zu König und Vaterland betont (Daß so ein „Hof“-Prediger etwas mehr „Patriotismus“ als Jeder Andere besitzt, ist wohl leicht begreiflich). — Nach einigen Ermahnungen an die Anwesenden, Jeder möge durch sein Wirken in christlicher Liebe und patriotischer Gesinnung die unheilvolle sozialdemokratische Bewegung mit bekämpfen, schloß der Vortragende. — Uns wundert nur die Dreistigkeit, für derartige abgedroschene Redensarten von jedem Zuhörer 1 Mark zu verlangen, aber freilich die „frommen“ Herren vom Gustav-Adolfs-Verein brauchen Geld!

**Naumburg, 2. April.** Da der Wirth des „Badener Hofes“, wo bisher unsere Versammlungen abgehalten wurden, in Folge der letzten Polizeiverordnungen den Saal nur gegen eine Miethe von 20 M. ablassen wollte, wurde die gestrige Versammlung in dem „Gambrius-Keller“ abgehalten. Als Tagesordnung wurde abermals: „Das badische Vereins- und Versammlungsrecht“ aufgestellt. In scharfer, klarer Weise wurde vom Referenten das Recht des Staatsbürgers, die Maßnahmen der Behörden kritisch zu dürfen, hervorgehoben und in weit scharferer Weise so ziemlich dasselbe gesagt, was die Auflösung der Versammlung am 20. März zur Folge hatte. Es geschah aber auch heute noch Zeichen und Wunder! Der Vertreter der Polizeibehörde schien weder für die Beschuldigungen noch für den Tadel, welche den „Hochlöblichen“ zu Theil wurden, keine Ohren zu haben und machte nur einmal, gleichsam um die Form zu wahren, den Versuch, den Referenten, Genossen Oppenheim, wegen angeblicher Verhöhnung der Polizeibehörde, zu unterbrechen, mußte sich aber eine gründliche Belehrung seitens des Referenten gefallen lassen. Durch das durchaus ungerechtfertigte Vorgehen am 20. März hat die Polizei bewirkt, daß ein großer Theil der, keineswegs sozialistenfeindlichen Bürgerschaft zu der Ansicht kam und dieselbe auch öffentlich aussprach, daß sich die Polizei durch die Versammlungsausslösung — nichts weniger als Vorbeugen erworben hat. Dadurch, daß dasselbe, was am 20. März Anlaß zur Auflösung gab, bei der gestrigen Versammlung unbehindert zum Ausdruck gebracht werden durfte, hat die Polizei stillschweigend zugegeben, daß damals weder der Staat, noch die öffentliche Sicherheit oder die Moral gefährdet war und daß die Auflösung daher eine gesetzlich nicht zu rechtfertigende war; sie hat zugestanden, daß sie in ihrem heiligen Eifer zu weit gegangen, des Guten zu viel gethan habe. Freilich mag unserer „Hochlöblichen“ dieses indirekte Zugeständniß schwer genug gefallen sein, sie konnten aber, wie die Sachen standen, um dasselbe nicht herumkommen. Neugierig sind wir auf die Antwort, welche das große Ministerium des Innern auf die gegen die Auflösung der erwähnten Versammlung eingereichte Beschwerde ertheilen wird. Wird die Beschwerde als „unbegründet“ zurückgewiesen und dadurch die Auflösung jener Versammlung für „begründet“ erklärt, so hat sich begreiflicherweise die Polizei durch die Gestattung einer noch schärferen Kritik, als sie damals hätte stattfinden

können, einer Gefährdlichkeit schuldig gemacht. In einem Falle war die Polizei resp. deren Vertreter, was auf eins hinausläuft, im Unrechte, das steht bombenfest. — Die gestrige Versammlung war sehr gut besucht und folgte mit ungetheilter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten. — Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Tabakfrage behandelt und eine Resolution einstimmig angenommen, welche sich sowohl gegen das Tabakmonopol als auch gegen die Fabriksteuer, sowie gegen jede indirekte Steuer ausspricht und behauptet die Verminderung der Steuern eine Einschränkung des Militäretats verlangt. Wir können sowohl mit dem Erfolge der gestrigen, als auch mit der Auflösung am 20. März vollständig zufrieden sein und können konstatiren, daß die Polizei in ihrem Uebereifer, selbstverständlich gegen ihren Willen, gerade das Entgegengesetzte von Dem erzielte, was sie erzielen wollte, daß sie durch ihr Vorgehen in einem einzigen Abend für unsere Partei mehr erzielte, als wir durch eine längere Agitation hätten erzielen können. Gewisse Herren sollten sich doch das Sprichwort merken: Blinder Eifer schadet nur!

**Bonn, den 5. April.** (Das Unrecht der Confirmation. Es kann fraglich sein, ob die Eltern das Recht haben, dem noch willen- und bewußtlosen Kinde die Taufe aufzuzutroyiren. Mag man aber immerhin den Eltern das Recht lassen, ihre Kinder den Einflüssen der Geistlichkeit zu übergeben, mag man es nicht verwehren, daß die Kinder mit einem Chaos von Dogmen vollgepfropft werden, die sie glauben sollen — ein selbstständiger Mensch wird sich ja, wenn er in die reiferen Jahre kommt, doch seine eigne Ansicht bilden. Aber es fragt sich: Ist es mit der Confirmation ebenso? Sind Eltern und Kirche berechtigt, Kinder, denen noch jedes selbstständige Urtheil fehlt, durch einen formellen offiziellen Akt zu einem Gelübde zu bringen? Es ist das eine Vergewaltigung und Ueberrumpelung, wie sie früher gar nicht gedacht werden kann. Denn ein Andres ist die Taufe, ein Andres die Confirmation. Es schadet dem Kinde nichts, wenn es in die Kirche von Andern ohne sein Jutun aufgenommen ist. Dadurch ist es ja zu nichts verpflichtet. Aber die Confirmation? Nun — ich will nicht mit dem § 166 des Strafgesetzbuchs in Conflict kommen; deshalb sage ich: die Institution der Confirmation ist unhaltbar; ich glaube sogar völlig im Recht zu sein, wenn ich behaupte: es ist höchste Zeit, daß die Confirmation, sowie sie heutzutage besteht, nicht abgeschafft, sondern verboten werde. Das Warum dürfte nicht schwer zu erbringen sein. Sehen wir uns nur die Kinder an, die zur Confirmation geführt werden! In welchem geistigen Zustande sind sie? Gerade die Zeit der Confirmation ist das Ende der infantia im wahren Sinne des Wortes. In diesem Alter hat das Kind noch nichts erlebt, erfahren, erduldet; es hat noch gar kein Urtheil über irgend eine Frage des menschlichen Denkens und Seins. Es ist vollständig von dem abhängig, was Lehrer und Eltern ihm lehren. Nachdem es nun 2 Jahre lang bearbeitet ist, nachdem man es völlig überzeugt oder vielmehr überredet hat, schleppt man es nicht etwa zum Abendmahl — was ja im Grunde nichts schaden würde — sondern man nimmt ihm vor einer großen Volksversammlung das Gelübde ab, lebenslanglich der Kirche und ihren Lehren treu zu bleiben. Nun frage ich: kennen wir sonst noch einen derartigen Fall, wo einem Kinde ein Eid, ein Gelübde abgenommen wird, einem Kinde, das nicht handlungs- und nicht eidesfähig ist? Ja, das ist eine Verirrung, die man in diesem Jahrhundert für unanlaßlich halten sollte! Mag auch Religion Privatfache sein. Diese Sache trifft nicht die Religion — sie betrifft das öffentliche, gesellschaftliche Interesse, sie betrißt die Sittlichkeit, die wir ja als die Grundlage des Rechts anzusehen gelernt haben.

Bergegenwärtigen wir uns doch nur die Folgen! Sie sind nicht mehr und nicht weniger als ein allgemeines Verbrechen, das die Noth der Verhältnisse uns aufdringt. Ich werde als Kind mit kindlicher Unerfahrenheit zu dem Gelübde der Confirmation gebracht. Kaum bin ich dem Conf.-Unterricht entwachsen, so höre ich hier und dort einmal jemanden anders reden als den Herrn Pastor. Ich berufe mich auf meine Confirmationhefte; der „Jemand“ beruft sich auf einen aufgeklärten Schriftsteller. Ich will gar nicht den extremsten setzen; etwa den alten Theologen Bauer, den Lehrer Dav. Friedr. Strauß; ich muß nun, wenn ich gewissenhaft bin, den betr. Schriftsteller nachlesen, um der Sache auf den Grund zu gehen und nun gewahre ich, daß dies oder jenes Dogma, etwa der Wunderglaube, unhaltbar sei. Mein Pastor hat mir gesagt: „Kämpfe den guten Kampf des Glaubens“, ich verjuche es, die Zweifel niederzulämpfen; aber es geht nicht und geht nicht; sie werden immer mächtiger und gestalten sich zur Gewissheit. — Und bin ich der einzige, dem es so geht? Gewiß nicht. Vielen Tausenden, ja bei weitem der größten Mehrzahl von Menschen ist es so ergangen. Und was will das heißen?

Es wird mir schwer, darauf zu antworten; aber ich habe nicht gelernt, die Wahrheit zu verschweigen; es will heißen: Diese Tausende haben im Drange der Nothwendigkeit ihr Gelübde gebrochen. Ja, darin liegt ein Gewissenszwang, wie er entscheidender nicht gedacht werden kann. Und die Kirche, deren Aufgabe es ist, die Menschheit zu verchristlichen, zwingt uns, allerdings ohne jede mala fides, nur durch die Hebehaltung dieser unumgänglich gewordenen Institution, zu einem Bruch des Gelübdes, d. i. zu einer schweren Unsitlichkeit, zu einem Verbrechen. Es ist aber Pflicht Derer, die das Ruder in Händen haben, dieser völlig haltlosen Institution zu steuern, sie geradezu zu verbieten.

**Briefkasten**  
der Redaktion: W. L. in Gießen: Aus Ihrer „Frage“ ist zu ersehen, daß Sie mit dem Schneider S. in rechtsverbindlicher Beziehung stehen, die Sie am liebsten auf dem Wege der Klage lösen möchten. Mit Ihrer „Frage“ nach dem Aufenthaltsort des S. müssen Sie sich daher schon an die Polizei oder an sonst Jemand wenden, da im „Vorwärts“ nur diejenigen zur Erfüllung Ihrer Verbindlichkeiten angefordert werden, die die Partei oder irgend eine Arbeiterorganisation geschädigt haben. — D. St. in Breslau: Ihr Artikel: „Sozialistische Conlumerdine“ ist dem Central-Wahlcomité in Hamburg zur Begutachtung überandt.  
der Expedition: W. Inf. Stolzenau: Wenn Sie nicht beides, soweit es in Ihren Kräften steht, vereinen wollen, halte ich das „Vestiere“ für das Einfachere und Bessere. — Arch. Halberstadt: Haben Ihren Brief an den betr. Parteigenossen sofort geandt. — Wahlverein Harburg: Sie sollten für Annoce in Nr. 2 vom 6. Januar 1878 noch 80 Pfg. anbringen. Döhl Hanau Ab. 15,30. Anger Burghausen Ab. 2,30. Rasth Freudenthal Ab. 6,62. Sill Schwab. Hall 26,44. Pri. Weidling Ab. 16,21. Ihm hier Ab. 9,10. Nr. Kiel Ann. 1,00. Pri. Jantowitz Ab. 6,65. Gahr hier Ab. 6,00. Schr. 0,50. Wrling hier Ab. 1,60. Endes Augsburg Ab. 100,00. Dän London Ab. 4,08. S. Antwan Ab. 3,00. Gahr London Ab. 10,20. Expedition der Wahrsch. Breslau Ab. 2113,58. Pfar hier Ab. 1,80. Gahr Ramz Ab. 37,15. Post St. Johann Ab. 22,65. Pri. Samsbln Ab. 6,25. Sahrn Lübeck Ab. 8,30. Fds Juda Schr. 6,40. Schwy Reichenberg Schr. 16,60. Schrdt Arab Ab. 5,81. Lgs Hannover Ann. 0,90. Schr. 2,80. Reichardt Hamburg Ann. 3,00. Priem hier Ab. 6,70. Schr. Ab. 3,75. Fie Schwab. Gmünd Ab. 6,00. Wf Christophsgrund Ab. 20,00. Wfhr Kiel Ab. u. Schr. 31,16. Schr

Gernrode Ab. 3,00. Albrg Eßlingen Ab. 14,00. Frys Jägerndorf Ab. 20,00. Währ Bludenz Ab. 4,80. Arb.-Bild.-Verein Rennkirchen Ab. 3,33. Dhl Baden Schr. 1,80. Jahrg Königsberg Schr. 1,60. Csprs Weidlich Schr. 5,83. Immermann Herfeld Schr. 1,00. Ems Wittweida Schr. 4,00. Knads Norden Schr. 1,30. Rth Schiffweiler Schr. 1,15. Arnldt Königsberg Schr. 0,50. Kirz Gießen Schr. 1,70. Anglr Hettstedt Schr. 2,70. Fnt Linden Schr. 9,00 u. 2,40. Arnldt Volkach Schr. 1,90. Paal Frankfurt Schr. 1,20. Logn Compiegne Schr. 6,90. Pri Vera Schr. 2,90. Thrbd hier Schr. 1,25. Dtschler Schr. 0,80. Gmbl Heilbronn Schr. 2,75. Gbdnatsy Königsberg Schr. 6,20. Inf Stolzenau Schr. 0,80. Arb.-Verein Volkmarthorß Bild 8,00.

**Fonds für Gemahregelte.**  
J. R. R. Berlin. 1,50. Arb.-Verein Reudnig d. D. 3,50. Arb.-Verein Volkmarthorß 40,00. Wfhr hier Berl. in Schneeberg 5,00.

**Druckfehler-Berichtigung.**  
Im „Vorwärts“ Nr. 41, erste Seite, erste Spalte, vierter Absatz, letzte Zeile anstatt: richtige Prinzipienfrage, soll es heißen: wichtige Prinzipienfrage; ferner in derselben Nr. erste Spalte und fünfte Zeile von unten, anstatt: resp. der Werth, muß es heißen: auf den Werth zc.

Unterzeichneter ersucht seinen Sohn W. Ehrenfort, Tischler aus Ottenfen, dringend um Angabe seines gegenwärtigen Aufenthaltsorts.  
C. A. Ehrenfort in Ottenfen, Eulenstraße 34, 111.

**Essen.** Sonntag, den 14. April, Morgens 11 Uhr, bei Wirth Dahler, Grabenstr.:  
**Versammlung**  
der Abonnenten des „Vorwärts“ und der „Rundschau“.  
Es müssen Alle am Plage sein.

**Hamburg.** Sonnabend, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr im Salon zum Roland:  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung: Vorstandswahl. Abrechnung.  
Der Vorstand.

**Hannover.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Sonnabend, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tagesordnung: Vortrag von Kaiser.  
H. Rudolph.  
NB. Freitag Abend 8 Uhr: Sitzung des Vorstandes und der Festkommission.  
D. D.

**Harburg.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Sonnabend, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung.** (S. 146)  
L. D.: Wahl eines Agitations-Comités und Gründung eines Lokalblattes. — Das Erscheinen sämtl. Mitglieder ist notwendig. D. S.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:  
Die Orientdebatte im deutschen Reichstago (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.  
Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.  
Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Bornthan. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg. (4b)  
Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. G. Bornthan. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 25 Pfg.  
Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. [510]

Durch uns ist zu beziehen:  
**Zukunftsmedizin**  
oder  
Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.  
(Vollständig in 12 Hefen (bis jetzt erschienen Hest 1—9).  
Ladenpreis pr. Hest 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Leipzig.  
Expedition des „Vorwärts“.  
Färberstraße 12, II.

**Armer Conrad.**  
**Preisherabsetzung.**  
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.  
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.  
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:  
**Die Behandlung**  
der  
**Politischen Gefangenen in Bayern.**  
Prozess Franz Rohleders.  
Zusammengestellt nach stenographischen Berichten von  
Sigmund Volkher  
Redaktor des „Genossen“.  
Preis 20 Pfg.  
Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Durch uns ist zu beziehen:  
**N. Tchernyehewsky: L'Économie politique**  
jugée par la science,  
critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.  
492 pages. Prix 1,50 M.  
Die Expedition des „Vorwärts“.  
Correspondent Redakteur: Hermann Heßig in Reudnig-Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.